Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
(Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.)

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 35. Halle a. d. Saale, Montag, den 22. Januar **1900.**

Bestellungen für die Monate Februar und März
bei allen Reichspostanstalten 2 M.

Für Halle und Giebichenstein nehmen unsere Expeditionen und Austräger Bestellungen an, zu 1,70 M. bei einmaliger, zu 1,90 M. bei zweimaliger Zustellung. Die Expedition.

Die Flottenvorlage und die Parteien.

Unser parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns:

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die deutsche Flotte ist nun dem Bundesrathe zugegangen. Vor dem bestehenden, unter dem 10. April 1898 erlassenen Gesetz unterscheidet er sich dadurch, daß er zwar den Schiffsbestand festsetzt, aber einen Termin, bis zu welchem die Bereitstellung der Mittel zu erfolgen hat, nicht nennt. Im übrigen werden statt der 19 Linienschiffe einige dreißig verlangt und auch die Ziffern für die Kreuzer, deren wir nach dem jetzigen Gesetz 42 haben sollten, wesentlich erhöht.

Die gesetzliche Festlegung des Sollbestandes der Marine findet in der Friedenspräsenzstärke für das Landheer eine Analogie. Es war bekanntlich außer anderen der Abg. Lasker, welcher bei dem Artikel 71 der Verfassung mit der Eventualität von Vorbewilligungen für die Flotte rechnete. Warum man von der durch diesen Artikel angezeigten verfassungsrechtlichen Möglichkeit im Jahre 1898 endlich thatsächlichen Gebrauch machte, ist für jeden, der sich auf Regierungspsychologie versteht, sofort klar. Man war der Marinenörgelei — so heißt die parlamentarische Kritik im gouvernementalen Lexikon — müde; man wollte nicht das ewige Zerren und Feilschen um jedes Schiff in jedem Jahr, nicht die immer wiederkehrenden Alarmartikel über ueberlose Flottenpläne. Es sollte Ruhe geschaffen und die mit Rücksicht auf unsere Weltmachtstellung und Handelsentwicklung nothwendige Höchstgrenze ein- für allemal gesetzlich gesichert werden. Das weitere Motiv lag in der Erwägung, daß eine zugkräftige Wahlparole geschaffen werden sollte, falls der Reichstag in seinem Widerstande verharrte. Um zwei Schiffe läßt sich kein Wahlkampf führen, wohl aber um einen ganzen Flottenplan; erst dieser giebt der Regierung den Trumpf in die Hand, mit dem sie das Spiel glaubt gewinnen zu können.

Die gleichen Gründe waren auch diesmal für die Regierung bestimmend, und so wird der § 1 des neuen Entwurfs unter bloßer Veränderung der Ziffern so wie der alte lauten. Doch die Beschaffungsfrist bleibt offen, das Statstreckt des Reichstags wird nicht gebunden. In einem günstigen Finanzjahr kann der Schiffsbau beschleunigt, in einem ungünstigen verlangsamt werden. Nur muß sich der Gesetzgeber der übernommenen Pflicht bewußt bleiben, das gesteckte Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen. Das Gesetz hat also eigentlich nur den Charakter einer Denkschrift in festeren Formen. Es schließt Meinungsverschiedenheiten über die Zulässigkeit der Bewilligungen in den einzelnen Jahren nicht aus; aber es nimmt dem Kampfe dadurch die Schärfe, daß die Hauptfrage gelöst, das Endziel aufgerichtet ist. Aus dem Prinzipienstreit wird eine Zweckmäßigkeitskontroverse, aus der Seeschlacht ein Etatsgeplänkel.

Daß die Flottenvorlage ein Kind der Laune und Liebhaberei sei, wird kaum mehr, ausgenommen von der Sozialdemokratie und der ganz äußersten Linken der Demokratie, behauptet. Die anfangs recht angriffslustige Opposition ist, das läßt sich nicht leugnen, etwas flügellahm geworden und fühlt sich bei dem Gedanken an eine Auflösung des Reichstags nicht besonders wohl. Sehr viel ruhiger sehen dagegen diejenigen der Zukunft entgegen, welche wie wir, jedes Ueberschwanges und jeder Uebertreibung sich enthaltend, doch mit Rücksicht auf den wachsenden Export, auf die ostasiatischen Verwicklungen, auf die internationale Lage überhaupt die Nothwendigkeit einer Verstärkung der deutschen Seegewalt ruhig und offen anerkannten und von Anfang an, als das Gerücht einer neuen Flottenvorlage auftauchte, eine unbefangene Prüfung der Vorlage zusagten. Sie sind in der angenehmen Lage, den einmal eingenommenen Standpunkt folgerecht festhalten zu können in der Zuversicht, daß derselbe sowohl der Vergangenheit des Liberalismus als auch den wirthschaftlichen und staatlichen Bedürfnissen der Gegenwart entspricht.

Nicht so in sich gefestigt, nicht so widerspruchsfrei ist die Stellung der Agrarier. Geradezu opponiren können sie einer Wehrvorlage nicht; doch innerlich sind sie dem rascheren Schiffsbau abhold. Ihr ganzes Dichten und Trachten gilt dem Agrarstaat, der isolirt und selbstgenügsam in der Welt dahinlebt, kein Getreide einführt und wenig Fabrikate ausführt. Dieser agrarischen Romantik giebt die Realität der Dinge immer weniger Recht, und ein neuer Beleg dafür, daß eine Wandlung zum Industrie- und Handelsstaat im Werke ist, bildet eben die Flottenforderung. Sie ist die Anerkennung des Umschwungs der Verhältnisse und weist zugleich auf eine die Umgestaltung fortführende und vollendende Zukunft. Unter diesem Gesichtspunkte hat die Marine weit mehr Berührungspunkte mit dem Liberalismus als mit der agrarisch-konservativen Richtung und findet thatsächlich dort mehr Sympathie als hier.

Die innere Verstimmung bei den Bündlern tritt denn auch ganz deutlich hervor. So sagte einer ihrer Wortführer vor kurzem höchst verdrießlich in Breslau: „Die Flotte dient ohne jeden Zweifel in erster Linie den Interessen des überseeischen Großhandels, der exportirenden Großindustrie," und er meinte, diese Kreise sollten auch die Kosten tragen. In demselben Sinne nimmt die „Deutsche Tagesztg." den Landwirth in Schutz, „der sich für eine Flottenverstärkung nicht erwärmen kann, die nach der von gewisser Seite beliebten Begründung bestimmt sein soll, eine ungesunde wirthschaftliche Entwicklung noch künstlich zu fördern." Und klingt nicht die gleiche Stimmung aus dem bereits von früher her bekannten Stichwort: „Kein Kantz, keine Kähne?" Hier ist zugleich der Herd für den Haß gegen den Grafen Bülow und für die Sucht, jede internationale Unbequemlichkeit, die dem Reich erwächst, gegen ihn persönlich auszubeuten. Wie er, so sind den Bündlern alle diejenigen Mitglieder der Regierung verdächtig, welche die Tendenz der Gesetzgebung mit der wirthschaftlichen Entwicklung einigermaßen in Einklang halten möchten. Auch dem Fürsten Hohenlohe verzeihen sie sein Wort vom Industriestaat nicht.

Indeß, so sehr sie murren, sie müssen bewilligen. Sonst reizen sie die Krone, und dann könnten die Aemter, die den Einfluß geben, eine andere Besetzung finden und damit die Winde abflauen, die jetzt noch ihre Segel schwellen.

Unklar ist ferner die Haltung des Centrums. Seine Presse lärmt nicht mehr so laut wie vordem. In der Fraktion hat man von vornherein sehr vorsichtig operirt und alles vermieden, was den Weg versperren könnte. Sicherlich sind die Urtheile so ausschlaggebender Handelskammern wie die von Hamburg, Bremen, Kiel, die Haltung der Kaufmannschaft von Danzig ebenso wie die der Industrie im Binnenlande, auf jene Abgeordneten nicht ohne Einfluß geblieben, und man setzt deshalb dem Flottenplan kein starres Nein entgegen. Eine mehr vermittelnde Stellung erscheint der Fraktion auch aus dem Grunde rathsam, weil, wenn sie hier versagte, die ebenso angenehme wie nützliche Fühlung nach oben unterbrochen und der Einfluß unterbunden werden könnte. Unter den Führern ist offenbar die Neigung größer, den Flottenplan zu stützen als ihn zu werfen. Ob aber die Geführten, zumal die Vertreter agrarischer Bezirke, ebenso gesonnen sind, das steht dahin. Und eben darin liegt der Schlüssel zur Situation. Es fehlen etwa fünfzig Stimmen zur Mehrheit, und die Entscheidung hängt davon ab, ob das Centrum soviel Stimmen stellt. Zweifelsfreie Sicherheit bringt darüber möglicherweise erst der Augenblick der Abstimmung. -e.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Zum Geburtstage des Kaisers wollten die Könige von Württemberg und Sachsen, sowie zahlreiche Fürstlichkeiten wiederum zur Beglückwünschung nach Berlin kommen. Von der Ausführung dieser Absicht ist jedoch angesichts der schweren Erkrankung der Mutter der Kaiserin Abstand genommen worden. Nach den letzten Nachrichten über das Befinden der Erkrankten wurde gestern mittag eine Punktion vorgenommen, die ohne jeden Zwischenfall glücklich verlief. Das Befinden der Patientin war infolge der durch die Punktion verminderten Athemnoth ein wesentlich besseres geworden.

Das Befinden des Ministers v. Miquel ist unbefriedigend. Er hat einen sehr schweren Bronchialkatarrh und es wurde am Sonnabend morgen von den Aerzten die Möglichkeit, daß sich eine Lungenentzündung daraus entwickelt, nicht für ausgeschlossen gehalten.

Nach Meldungen aus Petersburg wurde dort am Sonnabend der Minister des Aeußeren Graf Murawiew vom Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha in längerer Audienz empfangen.

Die Reichstagsrede des Grafen Bülow

hat in der deutschen Presse, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, lebhafte Zustimmung gefunden. Die Blätter erkennen fast durchweg den würdigen und nach Lage der Dinge auch politisch wirksamen Verlauf der Angelegenheit an. Mit diesem günstigen Urtheil halten auch die konservativen Blätter nicht zurück, deren Aeußerungen mit denen der Allgemeinheit sich wesentlich decken. Abseits stehen nur die antisemitischen, hündlerischen und alldeutschen Blätter, die aufs neue ihrem Mißtrauen in die Politik des Grafen Bülow Ausdruck verleihen und sich in Schmäh- und Hohnworten über Reichstag und Regierung erschöpfen. Demgegenüber ist es immerhin bemerkenswerth, daß sogar Fürst Herbert Bismarck sich am Sonnabend im Reichstage mit den Verhandlungen über die Interpellation zufrieden erklärte und daß die „Kreuz-Ztg." sich gegen die „bitter enttäuschte" „Deutsche Tagesztg." u. a. mit folgenden Worten wendet:

„Wir wollen es ganz dahingestellt sein lassen, ob eine Besprechung der Interpellation am Platze gewesen wäre oder nicht. Sicherlich waren die Abgeordneten aber doch vor allem in den Reichstag gekommen, um die Erklärung des Grafen Bülow zu hören. Wenn die „Dtsch. Tagesztg." meint, daß sie die auch noch früh genug hätten aus den Zeitungen erfahren können, so trifft dies doch auch genau so für die Rede des Herrn Liebermann v. Sonnenberg zu."

Um so größer ist natürlich das Erstaunen über die hochmüthigen Aeußerungen der englischen Presse, namentlich der „Times". Ganz unverständlich erscheint es, wie das Allerweltsblatt zu der Ansicht kommt, Bülow habe namentlich im Interesse der Flottenvorlage" so scharf gesprochen. Es bleibt keine andere Erklärung übrig, als daß die „Times" und andere Blätter durch mangelhafte Telegramme ein falsches Bild von der Rede Bülow's haben bekommen müssen. Auch die Londoner „Pall Mall Gazette" giebt der „Times" unrecht, wenn diese den Ton der Rede des Grafen v. Bülow beklagt. Man müsse die öffentliche Meinung Deutschlands berücksichtigen. Wäre der Fall umgekehrt gewesen, hätten deutsche Kriegsschiffe englische Postdampfer aufgebracht, so würde das auch in England Erregung verursacht haben. Aber auch die „St. James Gazette" erhebt Einwendungen gegen die Schärfe und Strenge des Tones in der Rede des Grafen v. Bülow. Der „Globe" nennt Bülow's Sprache sogar sehr ungewöhnlich und unfreundlich und weist darauf hin, daß ein britischer Postdampfer zur Zeit der Partei-Unruhen in Samoa von deutscher Seite angehalten und im Januar 1871 englische Kohlenschiffe in Rouen beschlagnahmt worden seien. Die „Nat.-Ztg." räth unseren Vettern jenseits des Kanals nach alledem:

„Ueber den „Ton verantwortlicher Staatsmänner bei der Erörterung internationaler Fragen" sollte man in London nicht versuchen, Belehrungen zu ertheilen. Herr Chamberlain wird in dieser Hinsicht nirgends als Muster anerkannt werden."

Das Gerede der englischen Blätter erscheint um so thörichter, als die englische Regierung ihre Entschädigungspflicht anerkannt und zugegeben hat, daß die englischen Schiffsoffiziere nicht korrekt gehandelt haben. Die Londoner Blätter würden also gut thun, den Mund etwas weniger voll zu nehmen.

Sogar in Amerika, wo die Engländer noch die verhältnißmäßig meisten Freunde haben, schreiben die Blätter über die Bülow'sche Rede um vieles anständiger und anerkennender. So äußert sich z. B. die „New York Welt":

„Man kann die Ergebnisse der Erörterung des internationalen Rechts seitens Deutschlands mit England, wie sie Graf Bülow dargelegt hat, nicht lesen, ohne den von Deutschland angeschlagenen festen, aber gesitteten und friedensstörenden Ton zu bewundern, den Triumph friedlicher Mittel über englische Gesetzlosigkeit. Die Darlegung des Grafen Bülow, daß Waaren auf neutralen Schiffen von neutralem zu neutralem Hafen nie Contrebande seien, ist ein Satz der allgemeinen Moral und Gerechtigkeit. Deutschland vertritt, indem es für diesen Satz einsteht, die Civilisation, England beweist, indem es ihn bestreitet, denselben Geist, der es in die kurzsichtige Habgier versinken ließ, die zu dem Angriff auf Transvaal getrieben hat."

Und die „New York Staatszeitung" schreibt:

„Es ist dem Grafen v. Bülow wieder einmal gelungen, einen Ausgleich zwischen der Volksstimmung und den Erfordernissen einer auf das Praktische gerichteten Realpolitik herbeizuführen. Deutschland hat jetzt in dieser Frage vor den Vereinigten Staaten, da das Mehl immer noch nicht definitiv freigegeben ist, den Vorsprung."

Von Interesse sind natürlich auch die Urtheile der französischen und russischen Blätter in der Angelegenheit. Wir lassen einige davon nachstehend folgen.

Die „République française" schreibt: Deutschland hat allen neutralen Mächten einen wahren Dienst erwiesen und wird ihnen auch einen zweiten erweisen, indem es, wie Graf v. Bülow ankündigte, die Initiative ergreift zur Einberufung einer internationalen Seerechts-Konferenz. — „Liberté" sagt, der große Zug, den Graf Bülow der Debatte aufgeprägt hat, sowie die Klarheit seiner Ausführungen verleihen dem parlamentarischen Zwischenfalle eine unleugbare internationale Tragweite. „Débats" erklären, die deutsche Regierung habe einen Erfolg errungen, den ihr niemand neiden werde; denn sie vertheidigte die Interessen aller neutralen Mächte im Kriegsfalle. „Temps" bemerkt, Graf Bülow habe den Zwischenfall betr. den „Bundesrath" in der für Deutschland denkbar günstigsten Weise erledigt, habe Deutschland in eine sehr gute Stellung gebracht und England eine Warnung zukommen lassen, ohne einen gefährlich feindseligen Ton anzuschlagen.

Die Petersburger „Nowoje Wremja" schreibt: Die Beantwortung der Interpellation habe eine viel lebhaftere Färbung, als nach Eingang der Nachricht über die Freigabe der Schiffe zu erwarten war. Indem Graf Bülow gegen die Beschlagnahme der Schiffe protestirte, hat er weit Wichtigeres erreicht als Entschuldigungen Englands; er hat die Möglichkeit der Verwirklichung jener Pläne, die in London gefaßt waren, um neutralen Handelsschiffen den Zutritt zur Delagoabai zu verwehren, wenn nicht ganz beseitigt, so doch bedeutend abgeschwächt. In der Frage der Beschlagnahme neutraler Handelsschiffe ohne ausreichenden Grund hat die englische Regierung unbestritten eine volle diplomatische Niederlage erlitten. — Der „Petersburger Herold" sagt, die Rede des Grafen Bülow verbinde Festigkeit mit realpolitischer Beurtheilung der Verhältnisse. — Die „Rossija" sagt, Deutschland habe einen Sieg davongetragen, über den sich Europa freuen könne. Die deutsche Diplomatie habe sich auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt. Wenn die Diplomaten des übrigen Europa auch so energisch wären, so würde manches anders sein.

Gleichsam als Hohn auf die Rede Bülow's meldet das „Reuter'sche Bureau" aus Lourenço Marquez die weitere Beschlagnahme eines deutschen Schiffes. Danach ist das deutsche Segelschiff „Marie", aus Australien mit Mehl für die Transvaalregierung unterwegs, vom britischen Kriegsschiff „Pelorus" umweit der Inyakinsel an der Mündung der Delagoabucht festgenommen und mit Zwangsbesatzung an Bord nach Durban geschickt worden.

Ein weiterer Fall englischer Eigenmächtigkeit hat das deutsche Auswärtige Amt ebenfalls zum Einschreiten veranlaßt. Das geht aus folgendem Telegramm des genannten Amtes an den Pastor Haccius zu Hermannsburg hervor: „Englische Regierung hat trotz wiederholter dringender Erinnerungen über die Freilassung des Pastors Harms noch keine Auskunft ertheilen können. Der Botschafter in London ist angewiesen, nochmals Schritte zu thun; außerdem ist der kaiserliche Generalkonsul in Kapstadt telegraphisch beauftragt worden, bei den dortigen Behörden für die schleunige Freilassung des Herrn Harms auch seinerseits Schritte zu thun." — Pastor Harms, der Direktor der Hermannsburger Missions-Anstalten, war im Dezember wegen angeblicher Begünstigung der burischen Streitkräfte — Beherbergung einiger Soldaten — von den Engländern verhaftet worden.

Vom „fliegenden Gerichtsstand der Presse."

* Das Schöffengericht in Osterburg verhandelte vor einigen Tagen gegen den Redacteur Paul Lemme in Stendal wegen groben Unfugs. Dieser grobe Unfug sollte in einem am 15. September 1899 im „Altmärker" erschienenen Artikel enthalten sein, der den berüchtigten Kiepenflicker Schulz betraf. Schulz, ein ganz gemeingefährlicher, übel beleumundeter, mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch, hatte sich Ende Mai seiner Verhaftung zu entziehen gewußt und trieb sich vagabondirend im Kreise umher. Ein Sagenkreis wob sich um den Mann, der bald hier, bald dort auftauchend, ein freies Räuberleben führte und die Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000122011/fragment/page=0001

wohner ängstigte und in Schrecken versetzte. Der Artikel des „Altmärker" griff die Gerüchte, die über Schulz im Umlauf waren, auf und untersuchte die Zustände der öffentlichen Sicherheit im Kreise Osterburg, wie sie durch das Leben und Treiben von Schulz aufgedeckt wurden, einer sachlichen Besprechung. Durch den Artikel sollte aber das Publikum in dem Gefühle seiner Sicherheit gestört sein, und der Grobe Unfugs-Paragraph mußte herhalten, den verantwortlichen Redakteur auf die Anklagebank zu bringen. Die Vertheidigung hatte Rechtsanwalt Schubert-Stendal übernommen. Vor Eröffnung der Hauptverhandlung machte der Angeklagte den Einwand der Unzuständigkeit des Gerichts, indem er ausführte, daß der „Altmärker" in weit über 60 Amtsgerichtsbezirken gelesen würde, und daß man ihn in jedem der Gerichte zur Verantwortung ziehen könne. Der fragliche Artikel ist in Stendal geschrieben, der Wohnort des Angeklagten ist Stendal, die Zeitung wird in Stendal gedruckt und erscheint auch dort, das zuständige Gericht kann also nur das Amtsgericht Stendal sein. Nach ziemlich langer Berathung wurde der Antrag abgelehnt. Der Angeklagte bestritt, sich schuldig gemacht haben, die Behauptungen, die im Artikel aufgestellt seien, seien im Kreise Osterburg bekannt gewesen, nicht durch den Artikel, sondern durch das Leben und Treiben des Schulz sei das Publikum beunruhigt. Der Zeuge, Obermaschinenmeister Wertins, konnte zur Sache nichts Wesentliches aussagen, mußte aber zugeben, daß solche Gerüchte über Schulz verbreitet waren. Der Amtsanwalt hielt groben Unfug nach der Beweisaufnahme für vorliegend und beantragte eine Geldstrafe von 100 M. event. 20 Tage Gefängniß. In glänzendem Plaidoyer führte Rechtsanwalt Schubert den Nachweis, daß nach einer neueren Entscheidung des Reichsgerichts grober Unfug durch die Presse nur dann als vorliegend erachtet werden kann, wenn dadurch der Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet werde. Er beantragte die kostenlose Freisprechung des Angeklagten und führte weiter aus, daß die Vertreter der Presse durch den ambulanten Gerichtsstand sehr benachtheiligt seien, es entspreche nur der Forderung der Gerechtigkeit, wenn man im Fall einer Freisprechung dem Angeklagten die ihm erwachsenen Auslagen und Kosten ersetze. Nach längerer Berathung wurde grober Unfug als nicht vorliegend angenommen und der Angeklagte **kostenlos freigesprochen**. Aber auch dem zweiten Antrage des Vertheidigers wurde stattgegeben. Es entspräche, so führte der Vorsitzende aus, nur einer Forderung der Gerechtigkeit, dem Angeklagten, wenn er vor jedes Gericht citirt werden könne, im Fall einer Freisprechung die ihm selbst **erwachsenen nothwendigen Auslagen zu ersetzen**. — Wenn die Gerichtshöfe dem in Osterburg gegebenen Beispiele überall folgen wollten, so würden die Anklagebehörden wohl bald schon aus fiskalischen Rücksichten die Anweisung erhalten, Anklagen gegen Redacteure dort zu erheben, wo sie ihren Gerichtsstand wirklich haben.

Politisches.

* Von der Voraussetzung ausgehend, daß bei der Erneuerung der Handelsverträge die Getreidezölle erhöht werden und daß die Kosten dieser Verbesserung der landwirthschaftlichen Lage hauptsächlich die Arbeiter tragen, schlägt die „Köln. Volksztg." vor, den **finanziellen Ertrag der Erhöhung der Getreidezölle zum Nutzen der Arbeiter zu verwenden**: nämlich für die Wittwen- und Waisenversicherung. Dem gegenüber werden aber Zweifel laut, ob eine Versicherung so gewaltigen Stiles auf eine Einnahme gegründet werden darf, die, ganz unabhängig von dem Kreise der zu Versichernden, ihrer Natur nach **schwankend** ist. In dem Jahrzehnt von 1887—1897 haben z. B. die Einnahmen aus den Getreidezöllen in den einzelnen Jahren betragen: 270, 312, 379, 389, 406, 377, 364, 387, 415, 463, 472 Millionen Mark. Der Vorschlag der „Köln. Volksztg." hat aber auch noch eine **politische** Bedeutung. Bekanntlich war es das Centrum, das die **Franckenstein'sche Klausel** durchgesetzt hat, wonach von den Zolleinnahmen des Reiches nur 130 Millionen Mark für Reichszwecke verwendet werden dürfen. Der jetzt gemachte Vorschlag legt Bresche in die Franckenstein'sche Klausel, nachdem in den letzten Jahren durch den vom Centrum befürworteten Beginn mit der Schuldentilgung in der gleichen Richtung ein Anfang gemacht worden.

Parlamentarisches.

* Die Berathungen des **Bundesrathes** über die **Flottenvorlage** werden, sicherem Vernehmen nach, erst in dieser Woche zu Ende geführt werden. Es ist in Aussicht genommen, dem **Reichstag Ende der Woche** noch die Vorlage zugehen zu lassen.

* Dem klerikalen „Elsässischen Courier" zufolge werden **sämmtliche zur elsaß-lothringischen Gruppe** gehörigen Reichstagsabgeordneten **gegen die Flottenvorlage** stimmen.

* Die **Budgetkommission des Reichstags** hat am Sonnabend den für das Ordinarium vom Abg. **Mäller-Duisburg** für das Extraordinarium des **Postetats** vom Abg. Dr. **Wasche** erstatteten Bericht ausgegeben. Die Einnahme ist unverändert geblieben, nur die Berathung über die Einnahme aus dem Chedverkehr laut besonderen Etats 323,000 M. ist angesetzt worden. Bei fortdauernden Ausgaben ist die Resolution gefaßt worden, den Reichskanzler zu ersuchen, durch einen Nachtragsetat für 1900 die Gehaltsstufen für die Bureauassistenten und Kanzlisten des Ressorts der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sowie die Ober-Post- und Telegraphenassistenten, Post- und Telegraphenassistenten anstatt auf 1500, 1700, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700, 3000 M. auf 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000 M. einzustellen. Nach der Anlage sind 32,279 Beamte, 55,423 Unterbeamte etatsmäßig angestellt, 10,646 bezw. 18,490 diätarisch beschäftigt. Die etatsmäßigen Stellen sind für 1900 um 4932 vermehrt, von den fortdauernden Mehrausgaben entfallen 1900 auf Personalausgaben 13,083,313, Betriebskosten 12,018,150 M., zusammen 25,081,463 M.

* Die bereits gemeldete **Beanstandung der Wahl des Abg. zu Knyphausen ist erfolgt wegen des** landräthlichen Erlasses, der anordnete, daß nur die Wähler wahlberechtigt seien, die seit einem Jahre in dem Wahlkreise wohnten. Da es sich hier um eine Nachwahl handelte, so ist dieser Erlaß des Landraths zu Unrecht erfolgt, und es sollen nun im ganzen Wahlkreise genaue Erhebungen darüber stattfinden, wie groß die Zahl der Wähler ist, die infolge dieses Erlasses von dem Wahlakt zurückgewiesen worden sind.

Volkswirthschaftliches.

* Wenn die Staatsregierung sich bei dem **Großschiffahrtswege von Berlin nach Stettin** trotz mancher wirthschaftlichen Gründe, die für die Ostlinie sprachen, für die **Westlinie** entschieden hat, so liegt der Grund, nach Verschierung der „B. B. M.", vornehmlich in den ungewöhnlich großen **technischen** Schwierigkeiten, die die Ausführung der Ostlinie bieten würde. Infolge dieser mit den Geländeverhältnissen zusammenhängenden Schwierigkeiten würden die Kosten der Ostlinie so hoch werden, daß sie als ein wirthschaftlich gerechtfertigtes Unternehmen kaum mehr anzusehen sein dürfte. Es kommt hinzu, daß deren Ausführung scharfe Eingriffe in die Wasserwirthschaft der durchschnittenen Landestheile bedingen würde, die für die Wasserabflußverhältnisse jener Gegenden unter Umständen verhängnißvoll werden könnten, während die von dem Kanalbau erwarteten Vortheile für die Wasserverhältnisse des Oderbruchs schwerlich zu erreichen wären. Unter diesen Umständen fällt bei der Erwägung der Gründe für und wider das Gewicht so entschieden für die Westlinie in die Wagschale, daß nothwendig dieser der Vorzug vor dem Konkurrenzunternehmen gegeben werden muß.

* Ueber den weiteren Verlauf der Generalversammlung der **Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen** berichtet man uns noch: Dr. **Martius** referirt kurz über Entstehung und Gestalt des neuen Zolltarifschemas, sowie über die Ergebnisse der Sitzung des Wirthschaftlichen Ausschusses vom 17. d. Er beantragt das neue Schema zum Zolltarif einer besonderen Kommission zur Prüfung und Begutachtung zu überweisen. Der Antrag wird einstimmig angenommen; in die Kommission wird u. a. Herr Generaldirektor **Kuhlow-Halle** gewählt. Dann referirte Dr. **Walther Borgius** über **deutsche Handelskammern im Ausland**. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die erneut der Auffassung Ausdruck verleiht, daß die Errichtung deutscher Handelskammern im Ausland angesichts der wachsenden Bedeutung des deutschen Außenhandels ein nothwendiges Erforderniß, und der gleichzeitig beim Reichstag eingereichte bezügliche Antrag des Abg. Münch-Ferber in jeder Hinsicht zu unterstützen sei. — Am Sonnabend referirte Direktor Dr. **Vosberg-Rekow** eingehend über das **Philadelphia-Commercial-Museum und die Schaffung einer Centralhandelsstelle in Deutschland**. Die Versammlung begrüßt mit Genugthuung und lebhafter Zustimmung die vom Bund der Industriellen unter Mitwirkung namhafter Verbände und Korporationen in die Wege geleiteten Maßnahmen zur Begründung einer „Reichshandelsstelle" und erklärte einstimmig sich im Interesse der nationalen Arbeit bereit, sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln an dem Werke zu betheiligen und für sein Zustandekommen einzutreten. Die Versammlung betrachtete die in der Schrift der Centralstelle „Die Errichtung einer Centralstelle zur Förderung des deutschen Außenhandels" von Dr. Vosberg-Rekow niedergelegten Gesichtspunkte als werthvolle Grundlage für die Schaffung der „Reichshandelsstelle". Dann referirte Fabrikbesitzer **Wirth** über die **Bestrebungen auf Einführung eines Wollzolles**. Es wurde nachstehende **Resolution** einstimmig angenommen:

„Unter Zugrundelegung des in dem Referat geführten Nachweises, daß aus der Einführung eines Eingangszolles für rohe Schafwolle der deutschen Landwirthschaft weder vorübergehend noch dauernd ein Nutzen erwächst, der Wollenindustrie aber und den betheiligten Gewerben eine tief eingreifende Schädigung droht, richtet die Versammlung an den Herrn Reichskanzler die dringende Bitte, der Wollenindustrie einen solchen Zoll fernzuhalten, damit die gedeihliche Fortentwicklung des wichtigen Gewerbszweiges der Wollenindustrie gesichert bleibt.

* **Gegen das neue Weingesetz** ist eine lebhafte Agitation der Delikatessen- und Kolonialwarenhändler im Gange. Sie richtet sich besonders gegen § 8 des Entwurfs, nach dem die Beamten der Polizei befugt sind, jederzeit in die Räume, in denen Wein aufbewahrt und feilgehalten wird, einzutreten und daselbst Besichtigungen vorzunehmen, wie auch Proben zu entnehmen. Man weist darauf hin, daß, abgesehen von allen sonstigen Unannehmlichkeiten, die solche Weinkontrolle mit sich bringt, ihre Vornahme in einem offenen Geschäft sofort einen Verdacht erregen kann, der von böswilligen, neidischen Konkurrenten nur zu leicht dazu benutzt werden kann, um unkontrollirbare Gerüchte auszubreiten, gegen die nachträgliche Berichtigungen oder gerichtliches Einschreiten kaum ein wirksamer Schutz sind. In einer Petition, die zur Zeit in den Kreisen der Nahrungsmittelhändler cirkulirt, wird der Reichstag gebeten, genau den Umfang festzulegen, der diesem § 8 des neuen Weingesetzes bezüglich dieser Kategorie von Kaufleuten innewohnt. Auch in den Weinbaubezirken faßt der Entwurf des Gesetzes wegen der Kellerkontrolle auf entschiedenen Widerstand, weil man darin eine moralische Schädigung der Weinhändler erblickt und sie für die Basis einer Reichsweinsteuer hält, die Herr von Miquel noch immer in petto hat.

V. Zum **Besuch der Pariser Weltausstellung durch ortsansässige Handwerker** wird die Stadt **Schöneberg** aller Voraussicht nach eine entsprechende **Beihilfe** gewähren. Ende Oktober v. J. hatte der „Verein selbständiger Handwerker" daselbst an Magistrat und Stadtverordnete eine Eingabe gerichtet, in der zum Besuch der Ausstellung die Gewährung einer Beihilfe aus städtischen Mitteln in Höhe von 2000 M. erbeten wurde, um „Meistern und Gesellen Gelegenheit zu geben, die Fortschritte kennen zu lernen, die ein weiteres Emporblühen der deutschen Industrie und des Handwerks fördern können". Auf dieses Gesuch war dann vom Schöneberger Magistrat dem Handwerkerverein der Bescheid zugegangen, daß der Magistrat geneigt sei, allgemein der Frage näher zu treten, ob und event. in welchem Umfange die Stadt Schöneberg mit Rücksicht auf die Pariser Weltausstellung besondere Mittel aufwenden solle, und es war dabei die in dem Antrag des Vereins liegende Anregung **besonders anerkannt** worden. Wie nun in der letzten Sitzung des Vereins dessen Vorsitzender, Bildhauer **Gottheiner**, mittheilte, gedenkt jetzt der Magistrat dem Antrage des Vereins in der Weise stattzugeben, daß **unter fachmännischer Leitung mehrere Handwerksmeister und Gesellen zur Pariser** Weltausstellung entsandt werden sollen und hierzu dann die **Stadt die nöthige Beihilfe** gewährt.

* Wie die „Deutsche Zuckerind." mittheilt, ist das **Zuckerkontingent für 1900/1** vom Bundesrath endgiltig auf 19,890,232 dz festgesetzt. Das Blatt macht zugleich darauf aufmerksam, daß die Gesammtproduktion immer mehr hinter dem Kontingent zurückbleibt. Für 1898/99 war das Kontingent 18,0 dz, die Produktion nur 17,2 Millionen dz. Für 1899/1900 ist das Kontingent 18,9 Millionen, die Produktion wird nur 17,7 Millionen erreichen. Das Blatt möchte hierfür den Arbeitermangel verantwortlich machen, indessen hat man schon bei Erlaß des neuen Zuckergesetzes auf diese Tendenz der Kontingentsteigerung hingewiesen. Interessant ist nur, daß die thatsächliche Produktion sich nicht derart in die Höhe treiben läßt, als das Gesetz es erwarten ließ.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Der von seinem Amte scheidende Landrath Freiherr von **Hüllessem** dürfte der älteste unter den ostpreußischen Landräthen sein. Er hat die Verwaltung des Landkreises Königsberg drei Jahrzehnte lang mit außerordentlichem Eifer und Geschick geleitet. „Unermüdlich auf Besserung der ländlichen Verhältnisse bedacht, so schreibt die freisinnige „Königsb. Hart. Ztg.", hat er in seiner vielshältlichen Wirksamkeit die Entwickelung des Königsberger Landkreises in oft geradezu mustergiltiger Weise gefördert. Gewerblichen Betrieben aller Art hat er seit jeher seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und ist Begründer von mehr als zwanzig Genossenschaften geworden, deren Einrichtung in vielen Theilen der Provinz nachgeahmt worden ist. Das Bahnwesen hat sich unter seinen Anregungen erfreulich entwickelt, und unvergessen sind insbesondere seine Verdienste um die Labiau-Tilsiter Bahn. Das letzte große Werk, an dem er mit Feuereifer theilnahm, ist die Industrialisirung des Ostens, um die er sich in erster Linie durch seine Broschüre „Was der Provinz Ostpreußen frommt", sowie auch bezügliche Reden bei verschiedenen Gelegenheiten bemüht hat." Und dieser alte, verdiente Beamte wird gegangen, damit der agrarische See sein Opfer habe!

m. Nach der **Landgemeindeordnung** für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1891 besteht der **Wahlvorstand bei den Wahlen zur Gemeindevertretung** aus dem Gemeindevorsteher oder einem von letzterem zu seinem Stellvertreter ernannten Schöffen und zwei von der Wahlversammlung gewählten Beisitzern. Bei einer Gemeindevertreterwahl in Lichtenberg war zum stellvertretenden Wahlvorsteher ein Kaufmann **Strohmann**, der nicht zu den Schöffen gehörte, bestellt worden, weil ein verfügbarer Schöffe nicht mehr vorhanden gewesen sei. Der Kreisausschuß erklärte die angefochtene Wahl für ungiltig, weil der Wahlvorstand ungesetzlich zusammengesetzt gewesen sei, Ströhmann, der nicht Schöffe sei, hätte nicht als Wahlvorsteher fungiren dürfen. Gegen diese Entscheidung legte die Gemeindevertretung Berufung ein, da sie die Wahl für giltig erachte. Der Bezirksausschuß bestätigte aber die Vorentscheidung und nahm mit dem Vorderrichter an, daß eine Person, die nicht Schöffe sei, nicht den Wahlvorsteher vertreten könne. Diese Entscheidung focht die Gemeindevertretung durch Revision beim Oberverwaltungsgericht an, das indessen auf Zurückweisung der Revision erkannte.

* Der Schriftsteller des „Odin" in München, **Aschenbrenner**, der wegen Beschimpfung der katholischen Kirche durch Abdruck einer in Oesterreich beschlagnahmten Stelle der Wiener freien deutschen Schule angeklagt war, wurde am Sonnabend vom Münchener Schwurgericht **einstimmig freigesprochen**. Der Staatsanwalt erkannte in seinem Plaidoyer die **Berechtigung der „Los von Rom"-Bewegung** an.

Schule und Kirche.

* Zum Fall **Weingart** berichtet man aus Osnabrück neuerdings, die Angelegenheit werde gegenwärtig „an erster Stelle ernsthaften Erwägungen" unterzogen.

* In Metz hat die Ernennung des gegenwärtigen Sekretärs bei der Nuntiatur in Madrid, **Barons Zorn v. Bulach**, zum Bischof von Metz einige Ueberraschung hervorgerufen. Der Kandidat des Kaisers war der Domherr Dr. Scheuffgen aus Trier, jedenfalls aber wollte der Kaiser, als gegen Dr. Scheuffgen zu viele Gründe geltend gemacht wurden, einen Altdeutschen auf dem bischöflichen Stuhle sehen. Die einheimische Partei in Straßburg wehrte sich aber mit aller Macht dagegen, der Statthalter trat auf ihre Seite und Zorn v. Bulach wurde von dort aus auf das Allerwärmste empfohlen und besonders betont, daß es noch verfrüht erscheine, eine Neuorganisation des katholischen Klerus, wie Scheuffgen wohl im Sinne habe, vorzunehmen. Straßburg und die elsässische Partei haben gesiegt und der Kaiser nachgegeben.

Arbeiterbewegung.

* Der **Streik der Kohlenarbeiter** nimmt weitere Ausdehnung an und hat bereits vom österreichischen auf preußisches Gebiet übergegriffen. Auf der „Hohenzollerngrube" in Bentheu feiert die ganze Belegschaft von 700 Mann. Die Förderung steckt völlig. Die Forderung der Ausständigen geht dahin, eine bedeutende Lohnerhöhung zu erhalten, doch bezweifelt man, daß die Forderungen **bewilligt** werden. Man befürchtet, daß durch vorzeitiges Nachgehen die gesammten Gruben in den Ausstand eintreten. Die Förderung der „Hohenzollerngrube" beträgt zur Zeit 1000 Centner pro Tag, während sie unter normalen Verhältnissen das Drei- bis Vierfache fördert.

Heer und Flotte.

* „**Schwalbe**" ist am 19. Januar in Durban angekommen.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Die Kämpfe zwischen dem Tugelafluß und Ladysmith haben begonnen, aber wenn auch eine ganze Reihe von telegraphischen Nachrichten vorliegt, die über den Verlauf dieser Gefechte — um eine Entscheidungsschlacht scheint sich's noch nicht zu handeln — berichten, so ist doch ein Endresultat noch nicht klar zu erkennen. Sicher ist jedoch, daß die Engländer noch blutige Arbeit zu verrichten haben werden, bevor sie bis Ladysmith vordringen können, falls ihnen das überhaupt gelingt, denn die Buren sollen alle verfügbaren Truppen, nämlich 48,000 Mann zwischen Tugela und Ladysmith haben, — das ist eine auch numerisch stärkere Streitmacht als die britische. General Buller ist somit den Buren nicht einmal an Zahl der Truppen gewachsen und seine Gegner werden durch das Gelände außerordentlich begünstigt. Dazu kommt, daß die Engländer von ihrer Basis entfernt operiren und durch jede Anschwellung des Flusses von ihrer Rückzugslinie abgeschnitten werden können. Sicherlich verfolgen die Buren ihre alte Taktik, indem sie erst dann zu einem Angriff vorgehen werden, wenn sie den Feind in dem kupirten Gelände genügend verwickelt glauben. Unter diesen Umständen wird der Entscheidungskampf, der sich jetzt vorbereitet, strategisch ebenso interessant wie wichtig sein.

Die Kämpfe, über die die nachstehenden Depeschen berichten, hat die **Division Warren** zu bestehen gehabt, die im Westen, in der Richtung nach Acton Homes vorgedrungen war. Wir lassen die darüber hier eingelaufenen Telegramme folgen:

Lager bei Spearmans Farm, 20. Jan. Heute früh hörte man vom linken Flügel her Feuer von Feldgeschützen. Augenscheinlich hat General Warren die Beschießung der feindlichen Verschanzungen auf dem Tabanyama-Berge begonnen. Eine kurze Zeit lang hörte man auch Gewehrfeuer. Unter den am Donnerstag gefangen genommenen Buren befindet sich ein Enkel des Präsidenten Krüger.

London, 21. Jan. General Buller telegraphirte an den Staatssekretär des Krieges aus Spearmans Lager von gestern abend 9¾ Uhr: General Clery ist mit einem Theile der Truppen des Generals Warren heute von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends im **Kampfe gewesen**. Durch wohlberechnete Verwendung seiner Artillerie gelang es ihm, auf eine Entfernung von etwa drei Meilen hin einen Bergrücken nach dem andern zu nehmen. Jetzt biwackiren seine Truppen auf dem eroberten Terrain. **Die wichtigste Position liegt indessen noch vor ihnen. Unsere Verluste sind nicht schwer.** Bis 6½ Uhr abends waren etwa hundert Verwundete hierher gebracht worden. Die Zahl der Todten steht noch nicht fest.

London, 21. Jan. Das Kriegsamt hat vom General Buller aus Spearmans Camp vom heutigen Tage folgende Depesche erhalten: Um den General Warren zu unterstützen und die Burentruppen in den Verschanzungen vor Potgieters Drift festzuhalten, machte General **Lyttleton** mit seinen Truppen eine **gewaltsame Rekognoscirung** und zwang die Buren den ganzen Tag in ihren Verschanzungen zu bleiben. Die Verluste auf seiten der Engländer betragen 2 Todte, 12 Verwundete und 2 Vermißte.

London, 21. Jan. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus."] Eine Depesche des Generals Buller aus Spearmans Camp vom heutigen Tage 10 Uhr morgens besagt: In einem Kampfe, der gestern am **Venters Spruit**, einem von Acton Homes südlich in den Tugela fließenden Wasserlauf, stattfand, wurden **11 Offiziere verwundet, von denen einer starb, und 279 Soldaten verwundet.**

London, 21. Jan. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Spearmans Camp vom heutigen Tage 9½ Uhr gemeldet: **General Warren setzt den Kampf fort.** Er hat den Feind aus drei Stellungen vertrieben. **Die Infanterie rückt andauernd vor unter einem sehr heftigen Geschützfeuer.**

Spearmans Lager, 20. Jan., abends 7 Uhr. [Telegramm des „Reuter'schen Bureaus."] Die Schanzwerke des Feindes wurden heute den ganzen Tag **mit Granaten beschossen. General Lyttleton's Brigade** ging vor und besetzte einen 2000 Yards vor der Position der Buren gelegenen Hügel bei **Brakfontein**, während eine Compagie Schützen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000122011/fragment/page=0002

die mit der Luftschiffer-Abtheilung vorgegangen war, ein heftiges Feuer aus den Verschanzungen des Feindes auszuhalten hatte. Das Geschütz- und Gewehrfeuer der Truppen Warren's hält ständig an, der Feind ist jedoch bis zu diesem Augenblicke, wo das Telegramm abgeht, nicht auf seiner Stellung gedrängt. Das Granatfeuer war so heftig, daß das den Erdboden bedeckende Gras Feuer fing. Die Truppen Dundonald's überraschten am Donnerstag 350 Mann des Feindes. Die Engländer, die auf einem Hügel standen, ließen den Feind ruhig herankommen. Als sie dann das Feuer eröffneten, machte der Feind keinen Versuch, dasselbe zu erwidern. Der größere Theil ergriff die Flucht, der Rest soll die weiße Flagge gehißt haben. (?)

Die Kämpfe von denen in diesen Depeschen die Rede ist, haben also noch zu keinen entscheidenden Resultat geführt. Zu beachten ist dabei auch, daß alle diese Meldungen aus englischer Quelle stammen und daß Berichte aus Burenquellen vielleicht ganz anders lauten würden. Von Ladysmith aus beobachtet man natürlich den Kampf der Entsatzarmee mit fieberhafter Spannung. Ein Telegramm darüber berichtet uns:

Ladysmith, 20. Jan. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus."] Der Feind hat neue, wie man annimmt achtzöllige, Geschütze aufgefahren, das Bombardement war in den letzten Tagen heftiger, der angerichtete Schaden aber nur gering. Drei Mann sind verwundet. Die Truppen sind über Buller's erfolgreichen Vormarsch erfreut, man hört deutlich den Donner seiner Geschütze und sieht seine Granaten platzen.

An sonstigen Meldungen sind noch die folgenden zu verzeichnen:

Prätoria, 18. Jan. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Zwei britische Hauptleute und 135 andere Gefangene, die die Besatzung von Kuruman bildeten, sind hier angekommen. Einer der Offiziere richtete an die Behörde ein Schreiben, in welchem er für die Behandlung auf der Reise, welche 14 Tage dauerte, seinen Dank aussprach.

London, 21. Jan. General French telegraphirt: Ich machte am 19. d. M. mit Kavallerie und Geschützen eine Demonstration auf Hebron zu; sonst ist die Lage unverändert.

Brüssel, 20. Jan. Der Gesandte der Südafrikanischen Republik Dr. Leyds veröffentlicht folgende Erklärung:

Da sich Gesuche von Personen, welche als Kriegsfreiwillige oder in anderer Eigenschaft in das Heer der Südafrikanischen Republik einzutreten wünschen, in der letzten Zeit auffallend mehren und es mir scheint, daß ein Theil der politischen Tagespresse durch Entstellung des wahren Sachverhaltes und Ertheilung unklarer Informationen das Publikum, wenn auch unabsichtlich, irreführt, so erkläre ich hiermit, daß ich seitens meiner Regierung in keiner Weise ermächtigt bin, irgend jemanden für den Dienst meines Landes zu engagiren und daß demzufolge Anwerbungen für das Heer der Südafrikanischen Republik in Europa unter keinen Umständen stattfinden können. Alle diejenigen, welche sich nach dem Kriegsschauplatze begeben haben sollten, müssen dies auf ihre eigene Rechnung und Gefahr gethan haben. Durch Einsendung derartiger Gesuche erwachsen also sowohl den Absendern, als auch der durch den Krieg ohnehin mit Geschäften überbürdeten Gesandtschaft nur unnütze Schreibereien.

Zum Kapitel Kriegscontrebande und Beschlagnahmungen von Schiffen sind heute, abgesehen von der an anderer Stelle bereits erwähnten Aufbringung eines deutschen Schiffes noch verschiedene andere Meldungen zu verzeichnen. Wie man aus Petersburg schreibt, sind dort nähere Nachrichten über die an der südostafrikanischen Küste von den Engländern vorgenommene Beschlagnahme eines russischen Dampfers, der unter dänischer Flagge fuhr, eingetroffen. Der Dampfer, der den Namen „Wladimir Sawin" trägt und Eigenthum des Russischen Lloyd ist, hatte Staatsgut an Bord, das für die Werft von Philadelphia bestimmt war, wo sich gegenwärtig mehrere russische Kriegsschiffe im Bau befinden. Der Russische Lloyd hat sich bereits an die maßgebenden Stellen gewendet, um die Freigebung des Dampfers zu erwirken.

Ferner meldet das Triester Blatt „Avanti": In den nächsten Tagen werde ein Dampfer des österreichischen Lloyd mit Pferden für die englische Armee nach Südafrika abgehen, und fordert die Regierung auf, solche Verletzung der Neutralität nicht zuzulassen.

Die englische Regierung schließlich hat zu der Frage, inwieweit Nahrungsmittel als Kriegscontrebande gelten, in Washington folgende Erklärung abgegeben:

„Unsere Ansicht geht dahin, daß Nahrungsmittel, die nach einem feindlichen Lande verfrachtet sind, nur dann als Kriegscontrebande angesehen werden können, wenn sie für die Streitkräfte des Feindes bestimmt sind. Die bloße Vermuthung, daß ihre Bestimmung sein könnte, ist nicht genügend. Es muß vielmehr erwiesen werden, daß dies zur Zeit, wo ihre Beschlagnahme erfolgte, thatsächlich der Fall war."

Sehr bemerkenswerth erscheinen die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Transvaal. Ein Gesandter der Transvaalregierung, Mantagne White, befindet sich gegenwärtig in Nordamerika und wird voraussichtlich von Mac Kinley, oder zum mindesten vom Staatssekretär Hay empfangen werden. Von den Vereinigten Staaten dagegen hat sich der Hilfssekretär des Innern, Mr. Webster Davis, nach Südafrika begeben und wird dieser Tage in Prätoria eintreffen. Die Transvaalregierung hat ihm — eine außergewöhnliche Ehrenbezeugung — den Salonwagen des Präsidenten Krüger nach Lourenzo Marquez entgegengesandt, in dem er die Reise nach Prätoria machen wird. Sollten hier die Anfänge einer Friedensvermittelung zu finden sein?

Der Kohlenarbeiterstreik in Böhmen.

Im Ostrau-Karwiner Kohlenbecken streiken gegenwärtig über 40,000 Arbeiter und der Streik greift immer weiter, auch ins westböhmische Revier, über. Diesem Weiterumsichgreifen des Streiks hat auch einer entgegenkommende Haltung der Arbeitgeber bisher keinen Eintrag zu thun vermocht. So gestand beispielsweise der westböhmische Bergbau-Aktienverein den Arbeitern eine fünfprozentige Lohnerhöhung unter der Bedingung zu, daß sie sich nicht am Ausstande betheiligen. Die Arbeiter zweier Schächte lehnten das Angebot mit der Erklärung ab, sie würden am Montag nicht einfahren; die Arbeiter zweier anderer Schächte nahmen das Angebot stillschweigend zur Kenntniß und dürften zum Theil einfahren. In den am Sonntag zu Chotieschau und Nürschau abgehaltenen Versammlungen beschlossen 2000 Bergarbeiter, die Arbeit einzustellen.

Auch aus Aussig, Teplitz-Schönau und Brüx wird ein Anwachsen des Ausstandes berichtet. Aus Brüx wird gemeldet, daß seit Sonnabend früh auf der Grube „Habsburg" die gesammte Belegschaft von 464, auf dem Schachte „Julius II." 54 Mann ausständig sind. Auf andern Schächten wurden neuerlich die Forderungen der Arbeiter überreicht; auf einigen ist am Sonnabend die Nachtschicht nicht mehr angefahren. Auch im Kohlengebiete von Steiermark ist ein Umsichgreifen des Ausstandes unverkennbar.

Dieser gewaltige Ausstand hat große Schwierigkeiten nicht nur für die Industrie in Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich im Gefolge, sondern macht sich auch anderweitig empfindlich geltend. Die Beschaffung fremder Kohlen im Streikgebiete und den von diesem abhängigen Landstrichen ist kaum durchführbar, weil, nach einer Zusammenstellung der „N. Fr. Pr." die Werke in Oberschlesien und Waldenburg ihre Produktion verschlossen haben. Aus dem großen Produktions-Gebiet in Westfalen ist es durch den gesteigerten Bedarf in Deutschland unmöglich geworden, Kohle zu beziehen. Im ganzen werden an böhmischer Braunkohle nach Wien ungefähr 8000 Waggons jährlich gebracht, also 800,000 Mtr.-Ctr. bei einem Gesammtbedarfe von ungefähr 12 Millionen Meter-Centner, die Wien konsumirt. München bezieht an böhmischer Braunkohle ein doppelt so großes Quantum. Auch die ungarische Kohle kann einen ausreichenden Ersatz nicht bieten. Mit den größten Anstrengungen dürften etwa 300 Waggons täglich nach Oesterreich verfrachtet werden können. Die Industrie hat daher ein dringendes Interesse an der raschen Beendigung des Streiks, auf welche allerdings vorläufig kaum zu rechnen ist. Uebrigens greift die Kohlennoth anscheinend auch nach Russisch-Polen über, und da hat die russische Regierung zu einem sehr drastischen Mittel gegriffen, über das unsere Leser im Handelstheile dieser Nummer näheres mitgetheilt finden.

Oesterreich-Ungarn.

Das neue österreichische Ministerium Körber ist ein reines Beamtenministerium und wird von den Deutschen mit Ausnahme der Schönerergruppe sympathisch begrüßt. Die nächste und wichtigste Aufgabe der neuen Regierung ist die Anbahnung einer Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen, durch die die Grundlagen für ein Reichssprachengesetz geschaffen werden sollen. Nach seiner Zusammensetzung scheint das Kabinet allerdings geeignet, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Es umfaßt die nationalen und politischen Hauptrichtungen des öffentlichen Lebens in Oesterreich, ohne doch aus Verusspolitikern, also Männern mit dem Gepäck hinderder Parteiverpflichtungen, zu bestehen; keine Mitglieder sind durchweg Beamte von hervorragender fachlicher Befähigung und verhältnißmäßiger Unbefangenheit in Bezug auf die Politik.

Das Reichsgericht erkannte auf die Beschwerde des deutschen Turnvereins in Laibach und des Deutschen Turnvereins in Iglau wegen Verbotes der schwarz-roth-goldnen Vereinsfarben, daß das Verbot eine Verletzung des Artikels XII des Staatsgrundgesetzes enthalte und betonte in der Begründung, daß der Gebrauch der schwarz-roth-goldnen Farben wohl eine nationale aber keine politische Bedeutung habe.

Die im Deutschen Reichstage ausgesprochene Anklage, daß österreichisch-ungarische Postbeamte das Briefgeheimniß verletzt hätten, hat in der habsburgischen Monarchie viel böses Blut gemacht. Die offiziösen Blätter stellen entschieden in Abrede, daß derartige Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien und fordern Beweise für die gegen ihre Post erhobenen Beschuldigungen. Es wird auszuwarten sein, ob derartige Beweise beigebracht werden können.

Frankreich.

Der „Eclair" erklärt, in den Kolonialgebieten, wo die französischen Interessen mit denjenigen Englands im Widerspruch und mit denjenigen Deutschlands im Einklang stehen, könne kein vernünftiger Grund Frankreich daran hindern, mit Deutschland unter gewissen Vorbehalten Abkommen zu treffen, um das gemeinsame Interesse zu vertheidigen.

Dem „Petit Parisien" zufolge wird Major Marchand die Ermächtigung zu einer neuen Expedition nach dem Tschad-See nachsuchen.

Spanien.

Der Finanzminister Villaverde brachte in der Deputirtenkammer eine Vorlage ein, durch welche die Regierung zur Konvertirung der 4proz. amortisirbaren kubanischen Hypothekenscheine, Emission von 1886 und 1890, sowie der Hypothekenobligationen der Philippinen ermächtigt wird. Dieselben sollen in eine unkündbare 4proz. innere Schuld umgewandelt werden.

In Abadiano (Biscaya) wurden unlängst auf dem Friedhofe zahlreiche Gewehre und Pistolen versteckt aufgefunden und infolgedessen der Pfarrer unter dem Verdachte, ein Karlist zu sein, verhaftet. Die spanische Regierung legt dem Vorfall augenscheinlich eine große Bedeutung bei, denn jetzt hat man noch den Todtengräber, den Organisten und vier andere Personen aus dem Orte eingekerkert. Es verlautet, daß auch ein ehemaliger Karlistengeneral verhaftet worden sei. Der Kriegsminister beorderte zwei Infanterie-Compagnien nach Bergara, um jeder Ueberraschung vorzubeugen.

Amerika.

Wie man aus New York berichtet, soll es sicher sein, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten in Nordamerika dem Ausbau der amerikanischen Handelsflotte eine beträchtliche Summe zuführen wird. Die Zurückziehung vieler britischer Schiffe zu Transportzwecken wird von Kongreßmitgliedern als ein Beweis für die Nothwendigkeit einer Vergrößerung der Handelsflotte bezeichnet. „Man denkt daran," sagt der „Commercial Advertiser," „den Tonnengehalt der transatlantischen Schiffe von nun an jedes Jahr um 1000 Tonnen zu erhöhen, und wenn auch keine Hoffnung dafür vorhanden ist, daß die amerikanische Handelsflotte je der englischen gleichkommen wird, so glaubt man doch, auf diese Weise in einigen Jahren eine starke Handelsflotte schaffen zu können."

Vermischtes.

Der größte Mann der Welt, Mr. Wilkens aus Kansas, der sich augenblicklich in Berlin aufhält, wurde am Sonnabend vormittag vom Geheimrath Virchow einer zahlreichen Zuhörerschaft im großen Hörsaale des Pathologischen Museums vorgestellt. Es erregte nicht geringes Aufsehen, als der Riese im Saale erschien. Mr. Wilkens überragt die größten Männer der Welt, von denen wir bisher Kenntniß erhalten hatten, noch um ein Bedeutendes. Er mißt 2,37 Meter in der Länge und 2,54 Meter in der Spannweite. Als er auf dem Stuhle lag und Virchow neben ihm stand, erschienen beide gleich groß. Wie Virchow aus der Lebensgeschichte des Rieseu erzählte, war Wilkens in seiner Jugend Kuhhirt. Mit acht Jahren bestieg er einmal ein Pferd und ritt in die Prärie. Da er nicht zurückkehrte, so machten sich seine Eltern am nächsten Tage auf die Suche und fanden ihn in der Prärie bestimmungslos daliegen. Sein Körper wies zahlreiche Hautabschürfungen auf, die linke Kopfseite eine Kontusion, die von einem Huftritt des Pferdes herzurühren schien. Diese Verletzungen hatten nach den Feststellungen Virchow's eine merkwürdige Veränderung in der Schädelbildung zur Folge. Der bewußtlose Knabe kam nach seiner Auffindung bald wieder zu sich, und die Verletzungen heilten leicht ab. Als aber der Riese ausgewachsen war, wuchsen die Schädelknochen an der vorderen linken Kopfseite, das Wangenbein und überhaupt die ganze linke Gesichtsseite nach weiter. Während der ganze Körperwuchs über das normale Maß weit hinausging, sonst aber regelmäßig war, gestaltete sich die Kopfbildung schief. Der Kopf des Riesen mißt 255 Millimeter in der Länge und 710 Millimeter im Umfange. Der Auswuchs geht 31 Millimeter über die regelmäßige Bildung hinaus. Da Wilkens wegen dieser auffallenden Knochenbildung befürchtet war, so fragte er einmal einen Arzt und erhielt die wenig tröstliche Antwort, daß die Knochen sich auch nach innen verdicken und auswachsen und so das Gehirn verdrängen würden. Virchow, an den er sich nunmehr wandte, konnte ihn jedoch in dieser Beziehung vollständig beruhigen. Durch Einführung der Sonde stellte er fest, daß die Folgen, die der Arzt in Aussicht stellte, durchaus nicht zu befürchten sind. Die Hände und Füße des Riesen sind seiner ganzen Körpergestaltung entsprechend groß.

Von der „Patria". Wegen des auf der Höhe von Deal gesunkenen Dampfers „Patria", den die Hamburger Bergegesellschaft als in zu riesem Wasser liegend im Stiche ließ, ist ein Arrangement mit der Bergegesellschaft in Wilsthalde abgeschlossen worden. Danach sollen noch weitere Versuche gemacht werden, das Schiff zu heben, das eine große Menge werthvoller Ladung enthält. Obwohl die Aufgabe dadurch sehr erschwert ist, daß die Lage des Schiffes sehr ungünstig ist, so erwartet man doch, daß die Kentl'sche Bergegesellschaft Erfolg haben wird infolge ihrer genauen Kenntniß der Oertlichkeit.

Ein Bureaukratenstückchen. Unter der Ueberschrift „Das Oberuroh oder der heilige Bureaukratius" veröffentlicht der Stuttgarter „Beobachter" eine ergötzliche Korrespondenz, gewechselt zwischen einem Oberamt, einem Oberamtsbaumeister und einem Schultheißen. Es handelt sich um das Gesuch eines Hausbesitzers, der seinen zehn Quadratmeter großen Viehstall in ein Wohngelaß umgewandelt hat und nun einen Ofen setzen will. Das erforderte eine vom 25. August bis 29. November sich hinziehende, 22 Nummern umfassende Korrespondenz. Das genügt wohl.

Aufgehobenes Todesurtheil. Wie von uns s. Zt. näher berichtet, wurde in Wien Marie Kutschera wegen tödtlicher Mißhandlung ihres fünfjährigen Töchterchens zum Tode durch den Strang verurtheilt, genau so, wie einige Wochen vorher wegen des gleichen Falles die bestialische Stiefmutter Juliane Hummel. Während nun an letzterer das Todesurtheil vollzogen wurde, hat der Wiener Kassationshof das vom Schwurgericht gegen die Kutschera verhängte Urtheil in geheimer Sitzung aufgehoben und die Mörderin zu acht Jahren schweren Kerkers verurtheilt.

Die Pest in Honolulu. Aus Hawaii wird gemeldet, daß viele Personen an der Pest starben und daß sich 2500 Menschen in Quarantäne befinden. Es sind vermuthlich die Chinesen in Honolulu, deren Wohnungen vollständig niedergebrannt werden sollen.

Katastrophe in einer Kirche. In der Kirche des im Gouvernement Saratow liegenden Dorfes Maly-Alsen ereignete sich am russischen Weihnachtsfeste (7. d.) während des Gottesdienstes eine entsetzliche Katastrophe. Während des Lesens des Evangeliums stürzten die Holzchöre ein und begruben unter den Trümmern sämmtliche darunter stehenden Personen. Die entsetzlichen Hilferufe der Verunglückten versetzten die Kirchenbesucher, die sich zu den Ausgängen drängten, in einen panischen Schrecken. Zwei Ausgänge waren jedoch verspert, so daß viele bei dem furchtbaren Gedränge lebensgefährlich verletzt wurden. Aus den Trümmern wurden 19 Leichen, Frauen und Kinder, und acht schwerverletzte Personen, an deren Aufkommen gezweifelt wird, hervorgezogen. Schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen trugen 60 Personen davon.

Die Hungersnoth in Indien. Die entsetzliche Größe der Hungersnoth in Indien wurde in einer Rede grell beleuchtet, die vor einigen Tagen der Sekretär des Ackerbauministeriums im General-Gouverneurs-Rath zu Kalkutta hielt. Darnach haben in den britischen Territorien jetzt 22 Millionen, in den Eingeborenen-Territorien 27 Millionen Menschen unter dem beispiellosen Mangel an Vieh, Wasser und Nahrungsmitteln zu leiden. Bis Ende März würden die der Regierung erwachsenden Kosten 30 bis 40 Millionen Rupien betragen. Wenig tröstlich fügte der Vicekönig von Indien hinzu, England und seitens Eingeborener könnten nicht helfen, alle Gedanken derselben konzentrirten sich auf Südafrika. Bisher hätten etwa 3¼ Millionen Menschen Unterstützungen erhalten, aber von nun an habe Indien sich allein durchzukämpfen und müsse diese Aufgabe mit Geduld und Tapferkeit durchführen.

Verbrechen und Unglücksfälle. In Karlsruhe erschoß sich der 17jährige Gymnasiast, Sohn des Geh. Regierungsrath Mayer, wegen Krankheit. — In Groß-Pawlowitz (Mähren) fand man den Zuckerfabrikbeamten Ambera in seinem Bette verbrannt auf. Er hatte nachts im Bette gelesen, und war eingeschlafen; die Petroleumlampe stürzte um und steckte das Bett in Brand. — In Klausenburg wurde der Bankbeamte Blanar von dem Infanteristen Stephan Magyari aus Unvorsichtigkeit angeschossen und starb sofort. Der Soldat wurde verhaftet. — Aus Nyiregyhaza (Ungarn) berichtet man, der Gutsbesitzer Paul Gyurcsany stolperte während einer Hafenjagd über sein Gewehr, das sich entlud und ihm den Kopf zertrümmerte. Er blieb augenblicklich todt. — Die Untersuchung gegen Milan Simics Direktor der Belgrader Verzehrungssteuer, ergab die Unterschlagung von 1,300,000 Dinar, wovon Simics jedoch nur 70,000 Dinar eingesteht. — In Charkow tödtete in der Nacht vom 15. d. der Major des Tambow'schen Regiments Babjew seinen Kameraden, den Offizier Batschikow, durch drei Revolverschüsse. Babjew der verheirathet und Vater von vier Kindern ist, kehrte um die bezeichnete Stunde von einem Balle, wo er seine Gattin allein zurückließ, in sein Haus zurück, in dem Batschikow ebenfalls sein Domicil hatte. Er betrat das Zimmer seines Kameraden und rief ihm zu: „Bekreuze dich!" Batschikow erfüllte den Befehl, und nun krachten auf einander drei Schüsse, die dem unglücklichen Offizier die Schläfengegend durchbohrten. Nach vollbrachter That stellte sich Babjew selbst dem Kommando. Die Ursache der That ist unbekannt.

Personalnachrichten. Die Schauspielerin Frau Dr. Hauser-Burkß, die geschätzte Vertreterin der weiblichen Hauptrollen in den Bühnendichtungen Otto Devrients, hat sich mit dem Intendanten des Hof- und Nationaltheaters in Mannheim, Dr. August Bassermann, verlobt. — Aus Paris berichtet man, daß Viktor Capoul an Stelle des verstorbenen Bertrand Mitdirektor der Großen Oper werden soll. Capoul war in den siebziger Jahren der gefeierte Heldentenor der Komischen Oper und wurde durch Konzertreisen in fast allen europäischen Großstädten bekannt. Zuletzt hat er in New York ein Konservatorium geleitet. — Der Retter der Prinzessin Friedrich Leopold, der Heizer Georg Böttcher, ist in Potsdam gestorben. Wie erinnerlich, war die Prinzessin Friedrich Leopold vor einigen Jahren auf der Havel im Eis eingebrochen und dem Tode des Ertrinkens nahe, als ihr Böttcher Rettung brachte. Für seine That erhielt B. die Rettungsmedaille und eine hohe Belohnung. Während seiner langwierigen Krankheit hat die Prinzessin ihm und seiner Familie vielfache Zeichen ihrer Dankbarkeit und ihres Wohlwollens gegeben. Wenige Tage vor seinem Tode ging ihm vom Hofmarschallamte die Mittheilung zu, daß er eine lebenslängliche Anstellung erhalten hatte.

Malitiös. Frau A.: Ich sage Ihnen, man soll immer vorsichtig sein! Wenn ich z. B. mit meinem Mann zanke, schick' ich immer die Kinder hinaus!" — Frau B.: „Das ist allerdings sehr vorsichtig — aber es ist doch nicht gut für die Kinder, wenn sie den ganzen Tag auf der Straße herumlaufen müssen!"

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwest; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000122011/fragment/page=0003

Unser Räumungsausverkauf dauert bis 31. Januar und enthält:

Farbige und schwarze Winter- und Sommerkleiderstoffe, neueste Muster, **zu halben Preisen!**
Farbige glatte und gemusterte Seidenstoffe und Samte zu halben Preisen!
Frühjahrs- u. Staubmäntel von 3 Mk. an — **gefütterte Kostümröcke** von 6 Mk. an — **farbige Winter- u. Sommerjackets** von 5 Mk. an; **Abendmäntel — Winter- u. Sommerumhänge — Fertige Kleider — Morgenröcke — Blusen u. Blusenhemden etc.**
ganz unter Preis!

Bokmann & Serauky, Brüderstraße 16.

Cotillon-Orden, Cotillon-Touren, Knallbonbons, Schneebälle
etc. etc.
zu billigsten Preisen.
Albin Hentze,
24 Schmeerstr. 24.

Echt chinesische
Mandarinendaunen
garantirt neu und bestens gereinigt, das Pfund Mk. 2,85, silberweiße Gänsedaunen, das Pfund Mk. 3,50, Ia.-Sorte, hellweiß, das Pfund Mk. 4,50, Anerkannt vorzügliche Füllung für Oberbetten. Verpackung umsonst. Versandt gegen Nachnahme. Preiscourant u. Probe gratis u. franko.
Heinrich Weißenberg,
Berlin NO., Landsbergerstraße 39.
Viele Anerkennungsschreiben.

Markt 15 neben der Hirsch-Apotheke.

G. Assmann

Markt 15 neben der Hirsch-Apotheke.

Herren- und Knaben-Garderoben-Handlung.
Special-Fabrik für Sport-Bekleidung.
Große Auswahl in
eleganten **Sport-Joppen, Radfahrer-Anzügen, Turner-Anzügen** 2c.
Durch ganz bedeutende Abschlüsse in Rohwaaren zu früheren billigen Preisen, bin ich im Stande, meiner werthen Kundschaft noch zu alten Ausnahme-Preisen dienen zu können.

Pomologisches Institut Reutlingen

Gärtner-Lehranstalt. Beginn der Kurse: Sommerkursus Anfang März. Jahreskursus Anfang Oktob.

Grosser Baumschulen-Betrieb. Formobst, Beerenobst, Gemüse- und Blumen-Culturen.

Ausführliche Statuten gratis und franko. Director u. Besitzer: Fr. Lucas.

Preisverzeichn. über 1. Obstbäume, Sträuch. 2. Gemüse- u. Blumensamen. 3. Geräthe, Litteratur, letzteres illustrirt, gerne zu Diensten.

Königstädtische höhere Privat-Mädchenschule,
Halle, Königstraße 85.
Schulgeld 120 M. In Fremdsprachen Theilnahme an unteren Abtheilungen ermöglicht. Vorsteherin **Luise Staaß.**

„Germania“,
Lebensversicherungs-A.-G., Stettin.
Bezüglich des Vermögens und Versicherungsbestandes größte Aktien-Gesellschaft Deutschlands.
Fr. Gossrau, Geiststr. 21, Inspektor. Paul Mussmann, Alter Markt 7, Hauptagent.

Künstliche Zähne,
Plombiren, Reparaturen etc.
R. Pfaudler,
Leipziger Strasse 33.

Adreßbuch für Halle,

Giebichenstein, Cröllwitz u. Trotha.
33. Jahrgang. **1900.** 33. Jahrgang.
Bearbeitet unter amtlicher Mitwirkung des städtischen Einwohner-Meldeamtes.
Mit großem Stadtplan in Farbendruck.
Dauerhaft in Leinen gebunden 3 Mark.
Otto Hendel Verlag.

Erfolg
haben Annoncen unbedingt
wenn dieselben von leistungsfähigen Firmen erlassen werden und in zweckentsprechender, auffälliger Form in den geeigneten Zeitungen und Zeitschriften zum Abdruck gelangen. Dem inserirenden Publikum ein gewissenhafter Berather in allen Fragen zu sein, welche sich auf Abfassung und Ausstattung der Annoncen, Wahl der Zeitungen etc. beziehen, hat sich die unterzeichnete Annoncen-Expedition von jeher zur besonderen Aufgabe gestellt. Jede gewünschte Information sowie Kostenanschläge und Zeitungskatalog stehen kostenfrei zur Verfügung.
Annoncen-Expedition Rudolf Mosse
Magdeburg, Breiteweg Nr. 12. Halle a. S., Brüderstrasse Nr. 4.

Kopfwäsche.
Unfehlbares Mittel zur Erhaltung und Kräftigung der Kopfhaut und der Haare durch meinen patentirten **Shampooir-** und **Haartrocken-Apparat** für Damen und Herren, separat.
Ausführung neuester **Hochzeits-, Ball- und Gesellschafts-Frisuren.**
Abonnements zum Damenfrisiren in und außer dem Hause billigst.
Special-Geschäft für naturgetreue Haararbeiten.
Oscar Ballin,
Coiffeur, Untere Leipz. Str. 91.

Ad. Herrig,
Tapezierer u. Decorateur,
Gr. Wallstraße Nr. 24.
Empfehle mich für alle in mein Fach schlagende Arbeiten und theile hierdurch mit, daß ich das Geschäft der Frau **H. Wecks (Gardinenstickerei)** übernommen habe und dasselbe weiterführen werde, bitte daher gütige Aufträge an mich gelangen zu lassen.
Daselbst Ostern ein **Lehrling** gesucht.

Ausverkauf
der **Waarenbestände** von **A. Hampke & Co.** wird täglich in der Zeit von 9—3 Uhr im Geschäftslokale Große Ulrichstr. 11 zu bedeutend herabgesetzten Preisen fortgesetzt. Vorhanden sind noch: **Cheviot, Lodenstoffe, Winter- und Sommerstoffe** zu **Paletots** und **Anzügen**; ferner **ff. Kravatten** u. **Handschuhe** 2c.
Otto Knoche, als Liquidator.

Breitestraße 16—17. Adolf Brauer Breitestraße 16—17.
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
Empfehle mein bedeutendes Lager **einzelner Möbel,** sowie **ganzer Wohnungs-Einrichtungen.**
Mehrjährige Garantie. Coulante Bedingungen.
Bei Baar-Einkaufen trotz der billigen Preise 8% Rabatt.

Soeffner's
Masken-Verleih-Geschäft
befindet sich
Völbergasse 3.

DAVID'S MIGNON-SCHOKOLADE
pr. 1/4 Pfd.-Packet 40, 50 u. 60 Pfg.
ist das feinste Fabrikat der Neuzeit.
FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.

David's Mignon-Schokolade ist zu haben bei **Julius Lüderitz, Harz 29.**

Effectvolle Neuheit!
Tiefbrandtechnik!
Tiefbrandstifte!
Tiefbrandvorlagen!
Tiefbrandunterricht!
Lederpunzarbeiten,
Punzleder,
Lederpunzunterricht!
Joh. Nietzschmann
Kunstmagazin, Geiststr. 15.

Maculatur
zu verkaufen Gr. Brauhausstr. 16.

Verkaufe wegen Umzug:
eine gebr. Schneider-Nähmaschine, einen gebr. Kinderwagen, zwei Kleiderschränke, sowie verschiedene andere Gegenstände.
Friedrichstraße 25, III.

Brot — Brot
groß und kräftig ff.
Thee- und Macronengebäcke, alle Sorten **Kuchen, Tortenausschnitt,** sowie jeden Sonntag punkt 8 Uhr an **ff. Speckkuchen** empfiehlt
Herm. Klessler, Königstraße 23.

Habe täglich 200 Liter Frühmilch abzugeben. Angebote über Preis franco postlagernd **Landsberg** (Bez. Halle) zu senden.

Auction.
Versteigere am 24. Januar cr. Vormittags von 11½ Uhr ab im Gasthof zu **Pfützenthal** zwangsweise: 1 Tafelklavier, 1 Teppich, 14 Oebfte, 1 Spiegel, 1 Schiebkarre, 1 Taschenuhr, 1 Schw. Tuchanzug, 1 Cylinderhut, Strob. Heu, Brennholz, Dung, Kartoffeln, ca. 1000 Mauersteine, 2 kompl. Betten, Kommoden, Spiegel, Bilder, 1 Reisekorb, 17 Bd. Brockhaus' Conv.-Lexicon, 3 St. Schweine, Cigarren, 1/4 Bier u. a. m.
Ferner: am 25. Januar cr. Mittags 12 Uhr im **Rathskeller** zu **Wettin:** 1 Fahrrad, 1 Sopha, 1 Kommode, Tische, Bilder u. 2 Bettdecken öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung.
Lemke, Gerichtsvoll. in Wettin.

Bremerstraße 205. Bremische Bekanntmachung.

Schuppen- und Spiegel-Karpfen,
nur hochfeine, aus Flußwasser entnommene Waare, in allen Größen, jedes Quantum lieferbar.
Alle anderen Sorten lebender Fluß- und frischer Seefische
sowie lebende Hummer und Forellen
empfiehlt zum
Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers und Königs
Friedrich Krahmer,
Fluß- und Seefisch-Handlung, Halle a. S., Fischerplan 3.

Mit 3 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000122011/fragment/page=0004